

PRESSEMITTEILUNG



MV fordert wirksame und verhältnismäßige Lösungen beim Meeresschutz

LM

Schwerin, 08.05.2026

Nummer 142/2026

Mecklenburg-Vorpommerns Minister für Klimaschutz, Landwirtschaft, ländliche Räume und Umwelt, Dr. Till Backhaus, nahm heute an der 106. Umweltministerkonferenz (UMK) in Leipzig teil. Im Mittelpunkt standen vor allem die Stärkung der Wasserresilienz und der natürlichen Infrastruktur, der Meeresschutz und Konsequenzen aus wiederholten Walstrandungen sowie die Munitionsbergung in Nord- und Ostsee.

Wasserresilienz und natürliche Infrastruktur stärken

„Wasser ist Leben und das wichtigste Lebensmittel unseres Planeten. Hochwasser- und Starkregenereignisse, aber auch längere Trockenphasen werden aufgrund der klimatischen Veränderungen weiter zunehmen und damit auch der Nutzungsdruck auf die verfügbaren Wasserressourcen. Das hat massive Auswirkungen auf sämtliche Bereiche unserer Gesellschaft. Deshalb müssen wir unseren Umgang mit dieser wertvollen Ressource neu denken und unsere Wasserresilienz stärken. Das bedeutet zum einen, dass wir uns besser gegen Extremwetterereignisse wappnen müssen. Es gilt aber auch, die auskömmliche Wasserverfügbarkeit für Mensch und Natur sowie die Wirtschaft langfristig zu sichern. Dazu müssen wir unsere Naturlandschaft klimaresilient gestalten und die verfügbaren Flächen effizienter und nachhaltiger nutzen. Für mich gilt dabei weiterhin der Grundsatz: Schutz durch Nutzung. Das bleibt für mich ein absolutes Schwerpunktthema, dass wir länderübergreifend mit Hochdruck vorantreiben werden“, sagte Umweltminister Dr. Till Backhaus.

Meeresschutz: Wirksam statt pauschal

In diesem Zusammenhang steht auch der Meeresschutz auf der Agenda der Umweltressorts. „Das Ökosystem von Nord- und Ostsee ist durch vielfältige Nutzungen und stoffliche Einträge stark belastet. Daraus folgt ein klarer Auftrag: mehr Meeresschutz - aber wirksam und nicht nur auf dem Papier“, betont der Minister.

Ministerium für
Klimaschutz, Landwirtschaft, ländliche
Räume und Umwelt
Mecklenburg-Vorpommern
Paulshöher Weg 1 | 19061 Schwerin

V.i.S.d.P. Eva Klaußner-Ziebarth
e.klaussner-ziebarth@lm.mv-regierung.de
www.lm.mv-regierung.de

Mecklenburg-Vorpommern setzt sich daher für mehr und wirksamere Ruhe- und Rückzugsräume ein, in denen sich Arten und Lebensräume ohne direkte Beeinträchtigungen durch menschliche Nutzung erholen können. Solche geschützten Bereiche sind ein zentraler Baustein für den Schutz von Meeressäugern, weil sie Störungen reduzieren und sichere Rückzugsräume schaffen.

„Ich bleibe dabei: Wir brauchen mehr Meeresschutz. Daran hat sich auch nach den Erfahrungen mit der Walrettung nichts geändert“, stellte Backhaus klar. Aber dieser Schutz muss wirksam und verhältnismäßig sein. Unser erklärtes Ziel ist es, mit zielgerichteten und wissensbasierten Maßnahmen mögliche Risiken weiter zu minimieren. Beispielsweise müssen wir die von Stellnetzfischerei ausgehenden Gefahren – vor allem in den Meeresschutzgebieten – stärker in Blick nehmen, um den Beifang durch die Kleine angepasste Kutter- und Küstenfischerei weiter zu verringern. Das darf jedoch nicht dazu führen, dass wir unsere Kutter- und Küstenfischerei in ihrer Existenz gefährden. Sie ist nicht nur ein Wirtschaftsbereich, der ein wertvolles, nachhaltiges Lebensmittel bereitstellt, sondern auch Teil unserer kulturellen Identität und als immaterielles Kulturerbe anerkannt. Die Zahl der Betriebe ist seit der Wende bereits massiv zurückgegangen - von rund 950 auf heute etwa 270 im Haupt- und Nebenerwerb. Diese Entwicklung zeigt, wie sensibel wir hier abwägen müssen. Unser Ziel ist es, Meeresschutz und Fischerei gemeinsam zu denken - nicht gegeneinander auszuspielen.

„Mecklenburg-Vorpommern verfügt bereits über eine sehr hohe Schutzgebietsdichte: Rund 50 Prozent des Küstenmeeres stehen unter Schutz. Gleichzeitig wurden in den vergangenen Jahren zahlreiche Maßnahmen umgesetzt - von Renaturierungen über Schutzgebietsbetreuung bis hin zur Wiederherstellung von Seegraswiesen und Riffstrukturen. Meeresschutz findet längst statt - entscheidend ist, ihn weiter zu verbessern und zielgerichtet auszubauen“, so Backhaus.

Walstrandungen: Lehren ziehen, Strukturen schaffen

Die jüngsten Buckelwal-Strandungen haben aus Sicht des Landes gezeigt, dass es klarere Strukturen und abgestimmte Verfahren braucht. Mecklenburg-Vorpommern setzt sich daher für einen länderübergreifenden „Runden Tisch Walstrandungen“ ein. Sein erklärtes Ziel ist ein gemeinsames Konzept mit klaren Zuständigkeiten, abgestimmten Abläufen und einer tragfähigen Koordinierungsstruktur. „Solche Einsätze sind hochkomplex. Wir brauchen klare Verantwortlichkeiten, abgestimmte Prozesse und eine gemeinsame Linie über Ländergrenzen hinweg“, sagt Backhaus. Die Bund/Länder-Arbeitsgemeinschaft Nord- und Ostsee (BLANO) hat den Auftrag

erhalten, bis zur Herbst-UMK 2026 Vorschläge zum zukünftigen Umgang mit Walstrandungen vorzulegen.

Munitionsaltlasten: Bund muss liefern

Ein weiterer Schwerpunkt war die Bergung von Munitionsaltlasten in Nord- und Ostsee. Mecklenburg-Vorpommern fordert vom Bund mehr Tempo und Verlässlichkeit.

Konkret wird die Vorlage der Ergebnisse aus den Pilotbergungen sowie ein gemeinsames Finanzierungsmodell für die langfristige Munitionsbeseitigung gefordert.

„Hier handelt es sich um eine Generationenaufgabe. Der Bund muss gemeinsam mit den Ländern für klare Zuständigkeiten und eine verlässliche Finanzierung sorgen“, so Backhaus.

Zudem setzt sich das Land für die schnelle Einrichtung des Bundeskompetenzzentrums „Munitionsbergung aus dem Meer“ in Rostock ein.

Kormoran: Bestände managen, Interessen ausgleichen

Auch beim Umgang mit dem Kormoran sprach sich Mecklenburg-Vorpommern auf der UMK für einen ausgewogenen Ansatz aus.

„Der europäische Kormoranbestand hat sich stabil entwickelt, das ist ein Erfolg des Artenschutzes. Vor diesem Hintergrund setzt sich das Land dafür ein, die rechtlichen Spielräume zu erweitern und ein europaweites Management zu prüfen. Es sollte auch geprüft werden, ob eine Umlistung des Kormorans in Anhang II der Vogelschutzrichtlinie als jagdbare Art aufzunehmen. Nur so schaffen wir es, Artenschutz und die berechtigten Interessen der Fischerei unter einen Hut zu bringen“, betonte Backhaus.